

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ercheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 2 M., durch unsere Ausdräger zugetragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postkassen und Postboten sowie unsere Ausdräger und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse kann der Bezugspreis seinen Ausdruck in der Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Insertionspreis 2 M. für die 6 spaltenige Kopfschaltel oder deren Raum, Namen, die 2 spaltigen Kopfschaltel 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spaltenige Kopfschaltel 2 M. Nachmittags-Beilage 2 M. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Wichtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar. Wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Ercheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inserententeil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 93.

Sonnabend / Sonntag 11. / 12. August 1923

Ämtlicher Teil.

Zwangsinnung für das Photographengewerbe betreffend.

Von der Photographen-Zwangsinnung zu Dresden ist beantragt worden, anzunehmen, daß innerhalb des Gebietes der Amtshauptmannschaft Meißen einschließlich der Städte Meißen und Wilsdruff sämtliche Gewerbetreibenden, die das Photographenhandwerk ausüben, der Photographen-Zwangsinnung zu Dresden anzugehören haben.

Von der Kreisshauptmannschaft Dresden bin ich laut Verordnung vom 30. 7. 1923 zur Absetzung des weiteren Verfahrens nach § 109a der Gewerbeordnung zum Kommissar ernannt worden. Ich mache deshalb hierdurch bekannt, daß die Neuzugänge für oder gegen die geplante Erweiterung dieser Zwangsinnung schriftlich oder mündlich in der Zeit vom Montag, den 13. bis einschl. Montag den 20. August bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann in derselben Zeit werktäglich von 7-12 vor- und von 2-5 Uhr nachmittags im Rathaus, Zimmer Nr. 20, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, die im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meißen einschl. der Städte Meißen und Wilsdruff das Photographenhandwerk betreiben, zur Abgabe ihrer Äußerung mit dem Bemerkens auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder

nicht, gültig sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Äußerungen unberücksichtigt bleiben.

Meißen, am 6. August 1923. Der Kommissar. Hübener, Stadtratsrat.

Auf Grund der Verordnungen des Reichsarbeitsministers vom 24. Juli 1923 (RStBl. I S. 741) und vom 31. Juli 1923 (RStBl. I S. 758) hat der Vorstand der unterzeichneten Kasse den Grundlohn mit Wirkung vom 6. August 1923 auf 287 000 M. festgesetzt und gelten von diesem Tage an folgende Grundlöhne: 120 000, 148 200, 180 000, 210 000, 237 000 M.

Vertragsübersichten sind im Kassenlokal erhältlich.

Verdienständerungen, die eine Umfassung bedingen, sind sofort zu melden.

Wilsdruff, am 10. August 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt. Paul Neumann, Vorsitzender.

Die Abstimmung der Gemeinde Hühndorf soll Sonntag, den 12. August, nachm.

4 Uhr im hiesigen Gasthof gegen Barzahlung an den Meistbietenden vergeben werden. Hühndorf, am 10. August 1923. Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Im Steuerauschuß des Reichstages verlangte der Reichsfinanzminister die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer vom 25fachen auf das 500fache.
- Die Franzosen haben in Mannheim eine Anzahl deutscher Weindampfer beschlagnahmt.
- Nach einer Savasmeldung aus Düsseldorf wird die Verkehrsperre am 17. August 5 Uhr zu Ende sein.
- Im Reichstage fand die große politische Ansprache über die Reichskanzlerrede statt.
- Im Kohlenbergbau ist eine Vereinbarung über wertbeständige Löhne zustande gekommen.

Um das Ganze.

Es geht um das Ganze. Das weiß schließlich jeder, sogar jedes Reichstagsmitglied von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialdemokraten. Und das will sehr viel sagen: aber man kann die Debatte über die Kanzlerrede nun auch ruhig über sich ergehen lassen, weil die Worte mit dem Tage verhallen und nur die Taten bleiben.

Es geht um das Ganze: das weiß der Reichstag so sehr, daß er jetzt schnell handeln will. Handeln heißt im Augenblick, den Ruhrkampf zu finanzieren verlieren. Soweit das möglich ist. Weil der Sturz der Papierwährung unserem Volke den Kampfwillen knickt und in eine - an und für sich vollkommen zweifelhafte - Revolution hineintreiben kann. Gerade weil auch jene Partei, die in einer ähnlichen Situation vor fünf Jahren die Revolution mochte, jetzt diese vollkommene Zwecklosigkeit einleht, ist auch sie bereit, alles mitzumachen, was unsere finanzielle Situation erleichtert. Die Parteien des Reichstages neben daher „gezogen halb und halb geschoben“ mit einer gewissen Hurra-Entscheidung auf die Bewilligung der neuen Steuern los. Ein Abgeordneter der Rechten sagte, wenn Cuno jetzt aufstände und verlangte die gesetzliche Konstitution der Hälfte des Bestes, so würde der Reichstag ja dazu sagen. Da ist es dem selbstverständlichen, daß in einer Besprechung der Parteivorsitzer mit dem Reichsfinanzminister dieser sich damit einverstanden erklärte, daß angesichts der rasenden Geldentwertung der letzten Tage, die Vereinfachung der Einkommen- und Körperschaftsteuerveranschlagung noch weit über das in den Entwurf vorgeschlagene Maß hinausgeführt werden sollen. Der Steuermäßigungsbeifer der Parteien hat bereits von sich aus Früchte hervorgebracht.

Schon vor einigen Tagen tauchte der Plan einer vom Arbeitgeber zu zahlenden Kopfsteuer auf, alle in gewerblichen, landwirtschaftlichen, industriellen Betrieben angestellte Personen auf und wurde gerade von den Mittelparteien mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Der Vorschlag stammt übrigens aus den Kreisen der Industrie und sollte an die Stelle des Rhein-Ruhr-Opfers treten. Es hat bei der etwas erregten Stimmung einige Empörung erregt, daß sich Cuno dafür nicht begeistern konnte. Es war eine Kopfsteuer von einer Goldmark pro Kopf und Woche vorzusehen. Nun ist ja eine solche Steuer von einer geradezu beispiellosen steuerlichen rohen Form. Die eine Goldmark wird ebenso bezahlt für den Generaldirektor wie für den letzten Laufjungen ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Ertrag der Arbeit seiner Angestellten. Man kann freilich sagen, daß sie trotzdem einen Vorzug hat: sie ist fürchtbar einfach zu erheben. Und sie bringt sehr schnell Geld in die Steuerkassen.

Ungefähr von derselben Qualität ist ein anderer Vorschlag, der in jener Besprechung beim Reichsfinanzminister angeregt wurde und zwar von sozialdemokratischer Seite: das ist eine Flächensteuer auf den landwirtschaftlichen genutzten Boden. Das ist nun noch ein gut Teil ungeschickter wie die Kopfsteuer, weil sie nur - einfach genug - die Größe des Betriebes in Betracht zieht und alles andere wie Bestandesart, Bonitätsklassifizierung usw. völlig außer acht läßt. Diese beiden Steuern werden also wohl doch bei etwas ruhiger Überlegung unter den Tisch fallen, höchstens daß die Kopfsteuer auf wesentlich anderen Füßen beschlossen wird.

Der Reichskanzler ist mehr für eine Lohnsteuer in der Art, daß der Arbeitgeber nicht allein den zehnprozentigen Lohnabzug an die Steuerkassen abführt, sondern daß ein Zuschlag von vielleicht 100 Prozent von ihm abgeführt wird, so daß er also eine Lohnsteuer in Höhe von 10 oder 20 Prozent der Lohnsumme zu zahlen hat. Das ist auch viel vernünftiger als die Kopfsteuer, weil dann die Arbeitserträge wirklich berücksichtigt werden, die ja in Gehalt und Lohn ihren Ausdruck finden.

Noch andere Steuerpläne schwirren in der Luft herum. Da ist der sozialdemokratische Lieblingsplan, nämlich die Besteuerung der Schwerte. Dadurch soll eine Garantie für die Goldanleihe geschaffen werden. Man mag über jene Schwertbesteuerung denken wie man will, - eins wird man nicht bestreiten können, daß sie ungeheuer schwierig ist. Streiten sich doch selbst ihre Befürworter über Wesen und Form. Der überkomplizierte Apparat der Steuerverwaltung würde noch komplizierter gemacht. An diesem Fehler krankt übrigens unsere ganze Steuerleggebung.

Dem positiven Vorgehen muß aber auch ein negatives entsprechen und das heißt: rückwärtslose Vereinfachung aller unrentablen Steuern, die nicht oder nur wenig einbringen, dafür aber einen großen Beamtenapparat in mächtiger Bewegung setzen.

„Jedes Opfer soll gebracht werden“, hat der Reichskanzler am Dienstag im Reichstag gesagt. Schon jetzt kann man sagen, daß der Reichstag eingeschlossen ist, dies Wort auszuführen, es zur Tat zu machen. Nicht, wenigstens etwas Licht in das Dunkel, das tiefe, schwarze Dunkel unserer Gegenwart kommt, wenn auch das deutsche Volk jedes Opfer zu bringen sich entschlossen zeigt.

Cuno und Hermes vor dem Reichstag

(378. Sitzung.)

CB. Berlin, 8. August.

Die heutige Eröffnungssitzung der Sommertagung des Reichstages war den Reden des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers über die politische Lage und das neue Steuerprogramm vorbehalten. Auf der Tagesordnung standen das Steueropfer für Rhein und Ruhr, die Verbrauchssteuervergütung und die Erhöhung der Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Reichskanzler Dr. Cuno:

Als der Kanzler sich erhob, begannen die Kommunisten zu lärmern und zu toben. „Weg mit diesem Raubdreier, mit diesem Stimmestomms“. Diese und ähnliche Jurse kamen dem Reichskanzler entgegen. Präsident Lobe versuchte minutenlang die Ruheförderer zur Ordnung zu bringen. Dabei erklärte er dem Abgeordneten Fröhlich (Komm.), der sich bei den Unterredungen besonders hervortrat, falls er in diesem Raum fortfahren würde, er, der Präsident gezwungen wäre, weitere derartige Kundgebungen als eine große Verletzung der Ordnung zu betrachten und die Ausweisung dieses Zuhörers zu beantragen.

Die Mehrheit spendete dieser Erklärung des Präsidenten lebhaften Beifall und der Lärm legte sich.

Der Kanzler sprach zuerst von der Ruhrbesetzung.

woher er bemerkte, daß die französische Fabel von der friedlichen Ingenieurkommission und den produktiven Wändern sich unmöglich aufrecht erhalten lasse. Weiter erklärte er, daß die Bevölkerung vom Rhein und der Ruhr ungeachtet aller Drangsalierung treu am Widerstande festhalten werde. („Stinnes hat schon Vaterlandsverrat geübt!“ riefen hier die Kommunisten dazu.) Die Entscheidung, fuhr der Reichskanzler fort, liegt jetzt bei England.

Wir haben immer den Willen zur Verständigung mit Frankreich klar bewiesen, aber Frankreich fordert, daß wir vor jeder Verhandlung den passiven Widerstand aufgeben, das Rheinland also den Franzosen auf Gnade oder Ungnade überlassen. Das ist eine Forderung, auf die die Regierung nicht eingehen kann. (Beifall.)

Und nach dieser einen Unmöglichkeit kommt eine Kette weiterer Unmöglichkeiten: Frankreich braucht zur Verwirklichung seiner Gewaltpläne eine neue Unterschrift, die Deutschland dann wie einen Klotz am Bein mit sich schleppen müßte.

Uns würde dann zur Unterschrift ein Dokument vorgelegt, das mit abholatorischem Witz so angefaßt wäre, daß es alles nachholt, was nach französischer Auffassung der Versaillesvertrag versäumt hat. Wir kennen diese Gewaltpläne des Herrschers und Verderbers Europas. Wir sind ihnen gegenüber nur auf uns selbst angewiesen. Zur Erhaltung des Bestandes unseres Landes müssen wir jedes, aber auch jedes Opfer bringen. (Hier riefen die Kommunisten dazu: Das ist ja angelegter Schwinkel.) Wir wollen festhalten an dem gewaltlosen passiven Widerstand, frei von sämtlichen Gewalttaten. (Abg. Ledebour: Sie unterstützen ja Sabotageakte.)

Kunmehr ging der Reichskanzler auf die innere Politik ein, vor allem auf die Wirtschaftslage. Die Gesundung unserer Wirtschaft müsse erreicht werden ohne Rücksicht auf irgendeinen Stand oder auf bestimmte Wirtschaftskreise. Jurse der Abg. Fröhlich und Koenen (Komm.): „Sie Hans-trotzen.“ Gegenüber auf der rechten Seite steigerten den Lärm. Endlich konnte der Reichskanzler in der Vertiefung seiner Rede fortfahren. Er kündigte die bekannten Steuervorschläge der Regierung an, wobei er bemerkte, die Reichsbank stehe vor wichtigen währungspolitischen Aufgaben. An die Landwirtschaft richtete er die dringende Mahnung, in der Lieferung der Lebensmittel ihre Pflicht zu tun. Die Arbeitgeber aller Stände sollten die Entwertung des Geldes bei der Bemessung der Löhne und Gehälter berücksichtigen. Wir müssen mehr sparen und mehr arbeiten. (Abg. Koenen (Komm.): rief: Sie sparen und wir arbeiten.) Wir können eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben, wenn der Reichstag hinter einer starken Regierung steht. (Stürmisches Gelächter links und Jurse „Cuno der Starke“.) Mehr als acht Monate sind es her, daß ich mein Amt übernommen habe. Ich habe es nur getan, weil ich dem Vaterlande dienen wollte. Ich kann an dieser Stelle dem Vaterlande nur solange meine Kraft widmen, wie ich das Vertrauen des Reichstages habe, nicht einen Tag länger. (Beifall und Händeklatschen rechts, Ruje bei den Kommunisten: „Treten Sie ab.“)

Reichsfinanzminister Dr. Hermes

begründete die neuen Steuervorlagen. Niemals seit dem Zusammenbruch des Reiches, erklärte er, sind solche Eingriffe in die deutsche Staatsökonomie, das deutsche Finanzwesen und die deutsche Wirtschaft getan worden, wie in den letzten Tagen. Das Reich hat durch den Ruhrkampf nicht bloß große Verluste, sondern auch ungeheure Einnahmeverluste erlitten. Die Reichspost ist in einer noch ungünstigeren Lage als die Reichsbahn. Der mit einer Million veranschlagte Nachtrag bei der Post dürfte wesentlich höher werden. Um eine Gesundung in den Betriebsverwaltungen zu ermöglichen, werden wertbeständige Tarife eingeführt bei der Bahn am 1. September, bei der Post am 15. September.

An Leistungen aus dem Versailler Vertrag hat Deutschland bisher annähernd 6 Billionen Gold- und Sachleistungen ausgebracht. (Hört! hört!) Es kann vor der Welt nicht deutlich genug bekannt werden, welche gewaltigen Leistungen das von Frankreich vergeblichste Deutschland trotz alledem fertig gebracht hat.

Kunmehr aima der Reichsfinanzminister auf die einzelnen